



Freigelassene Geiseln am vergangenen Dienstag im Präsidentenpalast von Mali: *Alptraum aus 1001 Nacht*

FRANCK PREVEL / AP

SAHARA-GEISELN

Codewort „Faruk“

Das Wüstendrama in Nordafrika ist mit der Übergabe des Lösegeldes glücklich beendet worden – doch zu einem hohen Preis: Ab sofort könnten deutsche Touristen weltweit als lukrative Beute gelten. Mit allen Mitteln will die Bundesregierung deshalb die Kidnapper jagen.

Die Zentralbank in Mali liegt im Blumenviertel von Bamako, an einer staubigen, viel befahrenen Straße am Ufer des schlammbräunlichen Niger. Es ist ein 14-stöckiges, sandsteinfarbenes Gebäude mit Fenstern schmal wie Schießscharten, eingefasst von einer vier Meter hohen Mauer. In der schwülen Mittagshitze bei 36 Grad patrouillieren schwer bewaffnete Polizisten in blauen Uniformen. Doch die protzige Architektur und der aufwendige Schutz können ein entscheidendes Manko nicht verdecken: Die Zentralbank in Mali, einem der ärmsten Länder der Welt, hat kein Geld. Jedenfalls nicht fünf Millionen Euro, cash, kleine Scheine.

Freiheit aber gibt es nicht auf Kredit. Das Geld, das die Sahara-Geiseln rettete, musste deshalb aus Deutschland eingeflogen werden: jene Millionen, die die Bundesregierung offiziell nie gezahlt haben will

und die doch von der Bundesbank stammen, die abgeholt und eskortiert wurden von ein paar dunkel gekleideten Herren des Bundeskriminalamtes (BKA).

Jürgen Chrobog, 63, Joschka Fischers hagerer, weißhaariger Spitzendiplomat, nahm den randvollen Geldkoffer mit in die Challenger der Bundeswehr, die nun in-



Chef-Unterhändler Chrobog
Erst zahlen – dann jagen

tern als „fliegender Geldtransporter“ verspottet wird. Später ließ er die wertvolle Fracht der malischen Regierung übergeben. Wenn es schon deutsche Millionen waren, dann sollte den Akt der Übergabe wenigstens ein malischer Unterhändler vollziehen.

Es liefen die letzten Stunden eines Alptraums aus 1001 Nacht, der längsten und nervenaufreibendsten Geiselnahme, die deutsche Touristen je durchlitten haben. Es war am Donnerstag vorvergangener Woche. Und es war ein Tabubruch.

Erstmals seit der Entführung des Politikers Peter Lorenz vor 28 Jahren beugte sich Berlin und zahlte vor den Augen der Weltöffentlichkeit ein millionenschweres Lösegeld. Die Euro aus Deutschland beendeten nach 177 Tagen eine Odyssee, bei der die im Februar und März auf der algerischen Gräberpiste entführten Aben-

W. RATYK / REUTERS / E-LANCE MEDIA

teuer-Touristen aus Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden rund 2000 Kilometer durch die nordafrikanische Wüste getrieben wurden – und bei der die Augsburgerin Michaela Spitzer ums Leben kam (siehe Seite 53). Den deutschen Unterhändlern war am Ende kaum etwas anderes übrig geblieben als zu zahlen, wollten sie das Leben der Traveller retten.

Doch anders als im Geiseldrama von Jolo, bei dem der libysche Staatschef Muammar al-Gaddafi das Göttinger Ehepaar Wallert freikaufte um sich die Sympathien der Deutschen zu sichern, ist es diesmal Berlin direkt, das zahlt – mit womöglich weit reichenden Konsequenzen: Deutsche Touristen, so fürchten Diplomaten wie Sicherheitsexperten, könnten künftig für Terrorgruppen und normale Kriminelle weltweit als lohnende Beute erscheinen.

So sehr sich die 14 Geiseln und ihre Familien vergangene Woche freuten, und so großzügig selbst die Opposition lobte, das habe die Bundesregierung „gut gemacht“ (CDU-Außenpolitiker Wolfgang Schäuble), so zwiespältig fiel das internationale Echo aus. Über einen „schwerwiegenden Präzedenzfall“ klagte die algerische Presse, die „Berliner Zeitung“ sah gar die Kidnapper „als Gewinner“. Trocken brachte FDP-Fraktionschef Wolfgang Gerhardt das Problem auf den Punkt: „Das war eine direkte Zahlung an Terroristen.“

Den Vorwurf will die Bundesregierung nicht auf sich sitzen lassen. Die Geiseln waren noch nicht in Deutschland gelandet, da wurde bereits die Hatz auf die militanten Islamisten eröffnet. Sie soll auch als Signal zu verstehen sein: Die Deutschen wehren sich. Vergreift euch besser nicht an ihnen.

Ein multinationaler Suchtrupp soll die Mudschahidin von der Gräberpiste stellen; die Jagdgesellschaft wird angeführt vom algerischen Militär. Aber auch die Franzosen, die Malier und selbst die Amerikaner, die deutsche Millionen für Qaida-Sympa-

thisanten als groben Fehltritt im internationalen Kampf gegen Fundamentalisten empfinden, sollen mithelfen.

Fieberhaft arbeiteten Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt Ende vergangener Woche bereits an internationalen Haftbefehlen. Beweismaterial gibt es reichlich: Auf einem vor Monaten in der Wüste aufgefundenen Video sind neben den Geiseln auch diverse ihrer Peiniger zu se-

fung und bei der Vorgerichtstellung der Verbrecher bereit“.

Die Bundesregierung hatte sich auf diese Linie schon früh festgelegt: Erst verhandeln – dann jagen. So war es ausgemacht worden zwischen Schröder und Fischer, der in mehreren Telefonaten die deutsche Taktik auch US-Außenminister Colin Powell nahe brachte.

Immer wieder erwoog Kanzleramtschef Frank Walter Steinmeier mit diversen Staatssekretären, dem Chef des Bundesnachrichtendienstes, August Hanning, BKA-Vize Bernhard Falk und Geheimdienstkoordinator Ernst Uhrlau eine gewaltsame Lösung. Der Absprung der Bundeswehr-Elitetruppe KSK aus großer Höhe oder der Einsatz der GSG 9 wurde überlegt. Nur: Welches Szenario auch immer die Experten durchspielten – am Ende waren die Geiseln stets tot, weil in der Wüste die unbemerkte Annäherung so gut wie ausgeschlossen schien. So plädierten alle für Verhandlungen – wenn sich dafür eine Möglichkeit bieten sollte.

Ende Juni schien die Strategie erstmals Erfolg versprechend. Die Entführer meldeten sich, schriftlich sogar: sieben Zeilen waren es, auf Arabisch, gerichtet „an den Präsidenten der Gemeinde“ der südostalgerischen Kleinstadt Illizi, datiert auf den 11. Juni. Die Notiz beseitigte jeden Zweifel daran, dass die Entführer militante Islamisten der algerischen „Salafistischen Gruppe für Predigt und Kampf“ (GSPC) sind: „Wir haben die Ehre, Ihnen mitzuteilen, dass die 15 ausländischen Touristen von deutscher und schweizerischer Nationalität, darunter auch ein Holländer, sich gegenwärtig in Händen der GSPC befinden, genauer der GSPC-Gruppe 5. Sie sind bei guter Gesundheit. Angesichts der Tatsache, dass diese Entführungsoperation auf dem Gebiet Ihrer Kommune stattfand, halten wir es für berechtigt, Sie zu informieren.“

Und tatsächlich – die Islamisten wollten verhandeln: „Wenn Sie bereit sein sollten,

Versichertes Risiko

„Immer wieder werden Touristen in Krisengebieten Opfer von Entführungen. Regierungen zahlen oft in Millionenhöhe Lösegeld. Fänden Sie es richtig, wenn Touristen, die unsichere Gebiete bereisen, verpflichtet würden, hierfür eine Lösegeld-Versicherung abzuschließen?“



NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 19. bis 21. August; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „egal“, „weiß nicht“, keine Angabe

hen. Standbilder der Islamisten sollen weiterhelfen. Noch auf dem Rückflug, zwischen Business Class und VIP-Sitzreihen, baute das BKA eine provisorische Vernehmungstation auf und befragte die Geiseln.

Das Material wollen die Ermittler in den Hauptstädten Nordafrikas streuen – und so mit Vehemenz auch international auf Terroristenjagd gehen. Wieder einmal bot Bundeskanzler Gerhard Schröder vergangene Woche uneingeschränkte Solidarität an. Deutsche Sicherheitsbehörden seien „zu jeder Zusammenarbeit bei der Ergei-



Wüstenpiste in Nordmali: „Die Lage verschlechtert sich wegen der Hitze und des Mangels an Medikamenten“

YVES HERMAN / REUTERS / E-LANCE MEDIA

die Rolle des Vermittlers zwischen uns und den von den Touristen betroffenen Parteien zu spielen, können Sie uns auf der Frequenz LSB 10400 erreichen. Gebrauchen Sie den Rufnamen ‚Faruk‘ im Verlauf der Tage Sonntag und Dienstag zwischen 19 und 20 Uhr.“

Doch alle Versuche, auf der Kurzwellen-Frequenz Kontakt aufzunehmen, scheiterten zunächst. „Meldet euch doch“, rief der Bürgermeister von Illizi immer wieder in ein bereitgestelltes Funkgerät. Aber aus dem Äther kam nur Rauschen. „Faruk“ antwortete nicht.

Dafür erreichte die deutsche Botschaft in Algier Anfang Juli ein offiziell gestempeltes Schreiben – der Geiseln, offensichtlich verfasst im Auftrag ihrer Entführer. In dem Brief an den „sehr geehrten Herrn Botschafter“ versicherten die Touristen, ihnen sei kein Leid geschehen – wie auf einer beigelegten Videokassette zu sehen sei. „Die Mudschahidin verlangen eine Summe von 45 Millionen Euro für unsere tatsächliche Freilassung. Wir bitten Sie, ihre Forderungen so bald wie möglich zu erfüllen, aber ohne den algerischen Staat oder das algerische Militär einzuschalten. Da die Situation sich wegen der Hitze und des Mangels an Medikamenten verschlechtert, drängt die Zeit. Die Mudschahidin wünschen direkte Verhandlungen mit Deutschland, das als Vertreter der anderen Länder handeln wird.“

Das auf den 9. Juni datierte Schreiben der Geiseln hatte einen Monat bis nach Algier gebraucht. Derselbe Text ging auch an den schweizerischen Botschafter. Beide Briefe wurden per Hand geschrieben, auf Französisch, unterzeichnet sind sie von allen verbliebenen Geiseln.

Die Bittbriefe stützten eine Vermutung, die in der Bundesregierung schon länger diskutiert wurde: dass die Algerier nicht immer mit offenen Karten spielten. Während Präsident Abdelaziz Bouteflika nach Einschätzung der Deutschen ernsthaft an einer friedlichen Lösung interessiert war, erschwerten Armee-Offiziere und der Geheimdienst offenbar eine Lösegeldzahlung. Die algerischen Militärs, bekannt dafür, bei Kämpfen mit Staatsfeinden kaum

möglicherweise sogar das Leben von Michaela Spitzer gerettet werden können, die Ende Juni den Strapazen erlag, bei 51 Grad und nur zwei Litern Trinkwasser?

Die Fragen werden nur schwer zu beantworten sein – doch dass eine politische Lösung in Algerien noch möglich war, glaubte nach der gewaltsamen Befreiung der ersten Geiselgruppe am 13. Mai keiner mehr. „Die Strategie“, so der grüne Außenpolitiker Ludger Volmer, „bestand darin, den Tatort auf malisches Gebiet zu verlagern, um dort neue Verhandlungsansätze zu gewinnen.“

Zwischen dem 7. und dem 10. Juli meldeten Beduinen dem Polizeichef der nordmalischen Provinzstadt Kidal schließlich einen Geländewagen-Konvoi, der zwischen den algerischen Grenzorten Bordj Mokhtar und Timiaouine gesehen worden sei und die Grenze zu Mali passiert habe. Es waren die Kidnapper und ihre Opfer, denen nachts die Flucht aus dem Belagerungsring der algerischen Spezialeinheiten gelungen war. Nun begannen direkte Gespräche zwischen Deutschland und der Sahara.

Per Satellitentelefon rief die Berliner Geisel Christian Grüne, 37, im Auswärtigen Amt an, ein eloquenter Finanzfachmann, der sich selbst in der Wüste noch „Dr. Grüne“ nennt und als einziger der Touristen fließend Französisch spricht. Von nun an konnte der Bundesnachrichtendienst, der in Nordmali eigens eine Peilstation aufgebaut hatte, zumindest Grünes Standort lokalisieren; auch die CIA half, mit gestochenen scharfen Satellitenbildern.

Grüne durfte auch mit seiner Freundin telefonieren, aber immer nur auf Französisch, damit die Entführer alles verstanden. Einmal erreichte er den überraschten Chrobog sogar in dessen Berliner Wohnung, auf dem Dienst-Handy. Von da an liefen alle Gespräche über das Bundeskriminalamt.

Penibel achtete der alte Fuchs Chrobog, Diplomat seit 31 Jahren, darauf, nicht direkt mit den Banditen zu reden. Verhandlungen sollte nur die malische Regierung führen. Grüne bat das BKA unterdessen um Medikamente. Chrobog ließ durch Tuareg ein Magen-Darm-Mittel liefern, Breitbandantibiotika und Voltaren gegen die Rückenschmerzen, die die Geiseln vom Liegen auf dem harten Boden hatten.

In den Gesprächen mit Berlin fiel immer wieder ein Name: Amari Saifi, genannt Abderrassak al-Para, der „Fallschirmjäger“. Als „Emir der Zone 5“ der GSPC hatte Para sich in den Briefen an die Deutschen vorgestellt. Er war der strategische Kopf der Entführer, der den Plan ausgeheckt hatte. Ohne ihn kamen die Geiseln nicht frei. Er stieg jetzt nach dem Ende des Dra-



Befreite Geiseln (im Mai): Direkte Verhandlungen mit Deutschland

GUIDO OHLENROSTEL / ACTION PRESS

Gefangene zu machen, wollten eine Aufwertung der GSPC verhindern – wohl auch um den Preis toter Touristen.

Der Verdacht, die Algerier hätten Informationen zurückgehalten, wird im Nachhinein genährt durch den Bericht des entführten Niederländers Arjen Hilbers. Während es aus Algerien immer hieß, man wisse gar nicht, was die Entführer eigentlich wollten, sagt er: „Die Entführer wollten Geld von unseren Regierungen, das war am ersten Tag gleich klar.“

Hätten die Geiseln also früher befreit werden können, wenn die Kooperation in Algerien besser funktioniert hätte? Hätte



MICHAEL VON GRAFFENRIED / VISUM

Algerische Spezialeinheit: Aufwertung der Entführer um jeden Preis verhindern

mas zum wohl meistgesuchten Mann Nordafrikas auf.

Para, 35, war vor mehr als zehn Jahren zur GSPC-Vorläuferorganisation gestoßen und operierte bald als Leutnant direkt unter dem Terrorchef Hassan Hattab. Seine militärische Ausbildung erhielt der Rebell ausgerechnet an der Elite-Schule der algerischen Luftlandtruppen. Nicht nur für die Geiseln, auch für den Ex-Unteroffizier ist der Ausgang der Geiselnahme deshalb eine Frage von Leben und Tod: Als Deserteur der algerischen Armee ist für ihn eine Amnestie ausgeschlossen. Die Regierung in Algier sucht den Mann mit dem düsteren Blick unter anderem wegen eines Massakers an 49 Soldaten, an dem er beteiligt gewesen sein soll.

Nur knapp, glauben die Algerier, entranen auch einige der Geiseln ihrer Hinrichtung, in jener sternenklaren Nacht des 4. Mai, an die sich der Miesbacher Bergbauer Harald Ickler nur allzu gut erinnert. Um 20 Uhr sollten sich fünf der Geiseln freiwillig melden – nur solche, die gut zu Fuß waren, es ging um einen Nachtmarsch. Ickler, der noch keine gesundheitlichen Probleme hatte, meldete sich: „Ich, Hans, Kiko, Rolli und Alex gehen mit. Wir gehen bis 1.30 Uhr nach Norden. Es ist saukalt. Dann sehen die Mudschahidin einen Menschen. Es heißt ‚zurück‘. Wir kommen um 17.30 Uhr ins Wadi, die Beine schmerzen. Scheiße, alles umsonst. Wir dachten, vielleicht will das Konsulat mit uns telefonieren und sehen, dass wir noch leben.“

Ickler, der zur ersten befreiten Gruppe gehörte, erfuhr unmittelbar nach seiner Freilassung, in welcher Gefahr er sich befunden hatte. Die Gruppe, sagten ihm Sicherheitsbeamte, habe zum Anführer der Entführer gebracht werden sollen. Womöglich wollte Para einige der Geiseln töten, um zu beweisen, wie ernst er es meint. Das glaubt zumindest der algerische Geheimdienst, der Paras Befehle über Funk mithörte.

Die Entführung der Touristen war offenkundig ein Alleingang des Deserteurs und seiner Leute. Zumindest anfangs sei die GSPC-Spitze nicht in den Plan eingeweiht gewesen, meinen deutsche Experten. Der Chef-Guerillero hatte lange Zeit die Fäden aus dem Hintergrund gezogen, weit ab von den beiden Geiselngruppen. Doch als eine Spezialeinheit des algerischen Militärs am 13. Mai die ersten 17 Geiseln befreite und in einer mehrstündigen Schießerei – nach eigenen Angaben – auch einige der Kidnapper getötet hatte, stieß Para zu seinen ver-



Chef-Entführer Para:
Brief nach Algier

bliebenen Männern, von denen einige in den Lagern al-Qaidas in Afghanistan ausgebildet worden sein sollen und offen Sympathien für Bin Laden zeigten. Von nun an liefen die Verhandlungen über ihn.

Die Gruppe war fast hundert Mann stark, mit Boten, Logistikern und Spähern. Und die arbeiteten gut. Kaum einen Schritt, klagten die deutschen Sicherheitsexperten, hätten sie

in der malischen Provinzhauptstadt Gao gehen können, ohne dass es den Entführern gemeldet worden sei. Seelenruhig hätten die Kidnapper auf dem Markt von Tesalit einkaufen lassen und ihre Offroader aufgetankt.

Ganz offen nahm die GSPC auch Kontakt zur malischen Regierung auf. Auch die Entführer waren erschöpft, fertig mit den Nerven. Einer der malischen Unterhändler berichtete, Para sehe blass aus, wirke fahrig, fast schein es, als wäre er verletzt. Die in Algerien Nacht für Nacht einfliegenden Bundeswehrmaschinen, die nach ihnen suchten, hatten die Islamisten beunruhigt. Die Entführung der Europäer hatte eine Auseinandersetzung mit einem unberechenbaren Gegner heraufbeschworen. Auf Bitten Berlins veranstalteten die algerischen Militärs an der Grenze zu Mali zudem lärmende Manöver, um die Kidnapper weiter zu verunsichern.

Zum Schluss ging es in der Wüste zu wie in einem Beduinen-Zeltlager. Mal schauten örtliche Tuareg vorbei, mal libysche Unterhändler, die die Zwangslage für eine Imagekampagne nutzen wollten. Gaddafis Sohn reiste nach Berlin, um seine Hilfe anzudienen. Tatsächlich führten die Libyer einige Verhandlungsgespräche. Doch entscheidenden Einfluss hatten sie nicht.

Es war auch die Stunde der Scharlatane: In der Hauptstadt Bamako berichtete einer der acht offiziellen Unterhändler später, es

sei kein einziger Cent bezahlt worden. Stattdessen hätten die Mauren und Tuareg der Verhandlungsdelegation mit der GSPC zwölf Tage lang theologische Diskussionen über die Natur des Islam geführt. Am Ende, brüstete sich der Mann, hätten die Militanten eingesehen, dass Mohammed eine Entführung nicht gutgeheißen hätte.

Tatsächlich drohten die Verhandlungen an ganz anderen Punkten zu scheitern: Die geforderten 45 Millionen Euro lehnte die Bundesregierung kategorisch ab; mit einer solchen Summe hätte sie den Mudschahidin einen ausgewachsenen Feldzug gegen die algerische Armee finanziert.

Doch auch die erbetenen Sicherheitsgarantien wollten die Deutschen nicht geben, wohl wissend, dass sie selbst es sein würden, die später die Jagd eröffnen. Schließlich servierte Para und seine Adjutanten Adel und Thabet eine letzte Forderung: sie wollten Maschinengewehre. Auch das lehnte die Delegation ab. Es gab keine Zusagen. Nur einen Sack voll Geld.

Außer dem Lösegeld kostete die Deutschen die Befreiungsaktion noch einmal mindestens die gleiche Summe für Logistik.

Einen kleinen Teil davon sollen die Abenteurer-Touristen womöglich zurückzahlen. Anders als im Jolo-Fall, wo die Bundesregierung den Wallerts „nicht alles angerechnet hat, was möglich gewesen wäre“ (Volmer) – 12 887 Mark insgesamt –, möchte die Regierung diesmal prüfen, ob die Ex-Geiseln sich stärker beteiligen müssen. Schließlich hätten sie sich selbst in Gefahr gebracht – und die Mehrheit in der Bevölkerung wäre ohnehin dafür (siehe Grafik Seite 49). Chrobog hat hausintern den Auftrag gegeben, penibel alle Kosten zu addieren, um so eine Gesamtrechnung präsentieren zu können.

Davon hat der „Held von Mali“ („Bild“) noch auf dem Rückflug nach Deutschland auch den Ex-Geiseln berichtet. Bei Nudeln mit Gulasch, Apfeltörtchen und Schwarzbrot stießen Chrobog und die Befreiten an; Bundeswehr-Stewards servierte Warsteiner bis zum Abwinken. Doch zwischen zwei Gläsern Bier wurde Schröders Chef-Unterhändler noch einmal ernst.

Die Bundesrepublik werde wohl auch diesmal nur einen symbolischen Kostenbeitrag von einigen tausend Euro pro Person fordern. Sollten aber einige der Sahara-Touristen meinen, etwa mit Fernsehauftritten viel Geld verdienen zu müssen, drohte Chrobog, dann werde man nicht zögern, das Geld mit Verweis auf das Konsulargesetz einzutreiben – gnadenlos.

RALF BESTE,
GEORG MASCOLO, HOLGER STARK,
THILO THIELKE



Malische Verhandlungsdelegation: Diskussion über den Islam